

Medienmitteilung

Volksabstimmung vom 28. September 2014

BDP Kanton Solothurn zufrieden mit dem JA zum PKG

Die BDP Kanton Solothurn ist äusserst erleichtert über das JA zum Gesetz über die Pensionskasse Kanton Solothurn (PKG) und dem NEIN zu einer öffentlichen Krankenkasse. Das klare Nein zur Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!» ist nicht im Sinne der BDP Kanton Solothurn ausgefallen.

Gesetz über die Pensionskasse Kanton Solothurn (PKG)

Die BDP Kanton Solothurn ist sehr erfreut und massiv erleichtert über das JA des Stimmvolkes zur Annahme des Gesetzes über die Pensionskasse Kanton Solothurn (PKG). Obwohl die BDP Kanton Solothurn die Variante 1 mit einer solidarischen Beteiligung der Gemeinden ausgesprochen hatte ist die Erleichterung gross, dass das Stimmvolk wenigstens die Variante 2 angenommen hat. Die BDP Kanton Solothurn ist deshalb über den positiven Volksentscheid erfreut, weil bei einer Ablehnung beider Varianten eine sogenannte harte Sanierung nach Bundesrecht in Kraft getreten wäre. Dies hätte massive Steuererhöhungen zur Folge gehabt, da die Sanierungsfrist nicht 40 Jahre, sondern nur noch 10 Jahre betragen hätte.

Die BDP Kanton Solothurn ist jedoch sehr enttäuscht über die egoistische Haltung der Städte und vieler Gemeinde, welche sich ausschliesslich für die Variante ohne Beteiligung der Gemeinden eingesetzt haben. Der Kanton kommt heute aus Solidarität in verschiedenen Bereichen den Gemeinden grosszügig entgegen indem nicht alle Kosten welche eigentlich die Gemeinden tragen müssten auf diese abgewälzt werden. Der BDP Kanton Solothurn ist sich bewusst unter welchem finanziellen Druck die Gemeinden stehen, hat sich jedoch dabei von diesen mehr Fingerspitzengefühl gewünscht. Die BDP Kanton Solothurn wird sich somit überlegen müssen wie sie in Zukunft mit diesen grosszügigen „Geschenken“ von Seite Kanton an die Gemeinden umgehen soll.

Volksinitiative vom 23. Mai 2012 «Für eine öffentliche Krankenkasse

Die BDP Kanton Solothurn ist erfreut über das klare NEIN zur öffentlichen Krankenkasse. Die Wahlfreiheit und die Qualität mit dem bestehenden System kann somit beibehalten und weiter optimiert werden. Es gilt weiterhin die Schwächen des heutigen Systems genauestens zu analysieren und konsequente Anpassungen vorzunehmen.

Volksinitiative vom 21. September 2011 «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!»

Die BDP Kanton Solothurn hat sich für ein JA eingesetzt um der MwSt.-Diskriminierung des Gastgewerbes ein Ende zu setzen. Mit grossem Erstaunen nimmt die BDP Kanton Solothurn dieses deutliche Nein zur Kenntnis. Die Angst vor Steuerausfällen war scheinbar zu gross. Die BDP Kanton Solothurn hofft jedoch darauf, dass der Bundesrat diesen Missstand wahrgenommen hat und sich für mehr Gerechtigkeit im Gastgewerbe einsetzen wird.

Auskunft:

Markus Dietschi, Präsident BDP Kanton Solothurn, Kantonsrat 079 673 93 78

Martin Joss, Vizepräsident BDP Kanton Solothurn, 079 953 14 44

28.09.2014